

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

58

Steuergerechtigkeit – umverteilen!

Neoliberale und Gerechtigkeit; Krise des Steuerstaats; Steuerflucht, Steuerhinterziehung, internationale Steuerpolitik; Finanztransaktionssteuer, Ökosteuern; Gender Budgeting, Gleichstellung, Entwicklungszusammenarbeit; Staatsfinanzen und Care-Arbeit

U. Marti, M.R. Krätke, A. Missbach, M. Herkenrath, B. Gurtner, P. Wahl, H. Guggenbühl, A. Troost, Denknetz Fachgruppe, M. Madörin, A. Sancar, E. Klatzer, C. Michel, N. Imboden, F. Haug

Diskussion

F. Cavalli: Pharmaindustrie und Dritte Welt
H. Busch / B. Glättli: Skandal Ausschaffungsinitiative
A. Maiolino: Überfremdung und Mediterranisierung
A.-L. Hilty / M. Flückiger: Lage der KurdInnen
P. Pfister: Mehr Streiks in der Schweiz
H. Schächli: Zum SPS-Programmmentwurf

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

252 Seiten,
Einzelheft: Fr. 25.– / € 16.–
Abonnement (2 Hefte): Fr. 40.– / € 27.–

zu beziehen im Buchhandel oder bei

WIDERSPRUCH
Postfach,
CH - 8031 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch

Steuergerechtigkeit – umverteilen!

Urs Marti Das Leiden der Neoliberalen an der Gerechtigkeit. Überlegungen zu einer linken Gerechtigkeitskonzeption	5
Michael R. Krätke Krise des Steuerstaats	15
Andreas Missbach / Mark Herkenrath Internationale Steuergerechtigkeit und Entwicklungsfinanzierung. Steuerflucht und die Rolle der Schweiz	29
Bruno Gurtner Steuervermeidung und Steuerhinterziehung. Wie Multis Standortunterschiede nutzen – und die Schweiz ihnen dabei hilft	41
Peter Wahl Chancen einer Finanztransaktionssteuer in Europa	53
Hanspeter Guggenbühl Lieber Wachstum als Kostenwahrheit. Weshalb die ökologische Steuerreform politisch chancenlos blieb	65
Denknetz Fachgruppe Steuerpolitik Radikale Wende in der schweizerischen Steuerpolitik	73
Axel Troost Sozial und gerecht umverteilen statt kaputtsparen. Die steuerpolitischen Konzepte der LINKEN	89
Mascha Madörin Weltmarkterfolg auf Kosten der Frauen. Steuerpolitik, Care- und Genderregimes in der Schweiz	97
Annemarie Sancar Gendergerechte Entwicklungszusammenarbeit	109
Elisabeth Klatzer Gender Budgeting als Instrument der Gleichstellung? Fakten zur politischen Umsetzung in Österreich	123
Christine Michel / Natalie Imboden Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit. Für Teilhabe der Frauen an allen gesellschaftlichen Bereichen	137
Frigga Haug Geschlechterverhältnisse in der Krise. Zeitgemäße Notizen	143

Diskussion

Franco Cavalli Pharmaindustrie und globale Krebsbekämpfung. Profitstrategien mit schwerwiegenden Folgen in der Dritten Welt	151
Heiner Busch / Balthasar Glättli Ausschaffungsinitiative – ein verfassungspolitischer Skandal. Der Gegenvorschlag und die Position der Linken	165
Angelo Maiolino Überfremdung und Mediterranisierung in der Schweiz. Identitäten im Spannungsfeld	177
Anne-Lise Hilty / Martin Flückiger Zur Lage der Kurdinnen und Kurden in der Türkei. Eine politische Reportage	194
Pascal Pfister Die Renaissance des Streiks. Arbeitskonflikte im Lichte der schweizerischen Streikstatistik	203
Hans Schächli Mit Wirtschaftsdemokratie den Kapitalismus überwinden? Zum Programmentwurf der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz	211

Marginalien / Rezensionen

Hans Peter Gansner Den Hass verstehen. Zu Jean Ziegler's Buch „Hass auf den Westen“	219
Doris Stumpf Die Europäische Sozialcharta des Europarats – die Schweiz im Abseits	223
Rudolf Walther Die Entzauberung des Phantoms „Antitotalitarismus“	226
Mauro Basaure Kritik und kritische Theorie	230
Miriam Wischer zu Tove Soiland: Luce Irigarays Denken der sexuellen Differenz	234
Lilian Fankhauser zu Adelheid Biesecker et al.: Feministische Antworten auf die Krise	238
Erika Schläppi zu Claudia Michel: Rechte fordern. Frauenorganisationen und Menschenrechte	240
Zeitschriftenschau	245
Autorinnen und Autoren	251

Editorial

Im Konflikt um den Staatsvertrag mit den USA haben sich Mitte Juni der schweizerische Bundesrat und die bürgerliche Parlamentsmehrheit für die „Loyalität“ zu den Grossbanken entschieden – gegen die Linken und Grünen, welche die Zustimmung zum Staatsvertrag mit einer Steuer auf Manager-Bonuszahlungen verknüpfen wollten. Damit hat die UBS, die jahrzehntlang in krimineller Weise Kunden beim Steuerbetrug behilflich war, einmal mehr Unterstützung von der Politik erhalten. Der Chef des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) Jean-Daniel Gerber ist erleichtert: „Die Probleme sind entschärft. Wir haben unsere Vertrauenswürdigkeit bei den Amerikanern und anderen wichtigen Handelspartnern gesichert“ (NZZ a.S. 20.6.10). Für den Wirtschaftshistoriker Jakob Tanner, der unter dem Titel „Switzerland for sale“ (Die Zeit, 10.6.10) die Geschichte des nun erodierenden „nationalen Geschäftsmodells“ aufrollt, steht allerdings fest, dass die Schweiz „nicht wieder wird zur Steueroasen-Normalität zurückkehren können, die sie im 20. Jahrhundert praktizierte.“

Deutlicher denn je zeigt sich heute der tiefe Graben zwischen links und rechts in Sachen Steuern und öffentliche Finanzen. So hat die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat die von der SPS und den Grünen getragene Initiative „Für faire Steuern“, die mit Mindeststeuersätzen für hohe Einkommen und Vermögensbesitzer die Exzesse des Steuerwettbewerbs bekämpfen soll, im Juni abgelehnt. Die Bürgerlichen verteidigten unter anderem mit Berufung auf die Steuerautonomie der Kantone und Gemeinden die Exzesse des Steuerwettbewerbs in der Schweiz; Finanzminister Hans-Rudolf Merz verstieg sich gar zur Aussage, Steuerwettbewerb führe zum „sparsamen Umgang mit Ressourcen“. Seitens der SPS war dagegen von der „Politik des Abzocker-Schutzes“, von „neofeudalistischer Umverteilungspolitik“, von einer „Gefahr für die Demokratie“ die Rede.

Damit erscheint eine Steuerharmonisierung zurzeit politisch chancenlos. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse hat eindringlich davor gewarnt; auch die neoliberalen Vordenker von Avenir Suisse sehen für die Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb den enormen Standortvorteil, weiterhin steuerlich attraktiv zu bleiben. Nachdem in den letzten Jahren hohe Einkommen steuerlich entlastet, die Erbschaftssteuern abgeschafft und Steuern auf Dividenden halbiert wurden, läuft nun auch der ruinöse Steuersenkungswettbewerb ungehindert weiter (siehe Denknetz-Infobrief Nr. 11). Davon profitieren Schwerreiche, Steuerflüchtlinge und internationale Konzerne; das Nachsehen haben die grosse Bevölkerungsmehrheit, kleinere und mittlere Einkommen sowie die KMU. Steuergerichtigkeit und eine radikale Wende in der schweizerischen Steuerpolitik, mithin Verteilungsgerechtigkeit stehen auf der Tagesordnung.

So hofft SP-Präsident Christian Levrat darauf, dass die Volksabstimmung über die Initiative „Für faire Steuern“ Ende November zeitgleich

mit der Ausschaffungsinitiative stattfindet, dass die in der Bevölkerung angestaute „Anti-Abzocker-Wut“ wachsen wird und es an der Urne zu einem „Aufstand der Schweiz von unten“ kommt (Tages-Anzeiger, 18.6.10). Folgerichtig plant die Gewerkschaft Unia mit anderen Organisationen die Lancierung einer Volksinitiative zur Einführung einer Abzockersteuer. Wiederholte Bankenrettungen ohne jegliche staatlichen Auflagen haben in den letzten Jahren breite Kreise von „Normalverdienenden“, „SteuerbürgerInnen“ und „KleinsparerInnen“ verunsichert und provoziert. Und die von bürgerlicher Seite beschlossenen Sparpakete treffen vor allem Lohnabhängige, RentnerInnen, SozialhilfebezüglerInnen und Arbeitslose: Lohnsenkungen, das Einfrieren von Renten und Unterstützungsleistungen, die Streichung von Kindergeldern und Betreuungseinrichtungen, Leistungskürzungen in der Gesundheitsversorgung werden schrittweise umgesetzt. Die Sparmassnahmen werden budgetwirksam und treffen jene, die unbezahlte Versorgungs- und Betreuungsarbeit leisten, weit überproportional.

International suchen die von Krise, Spekulation und Stabilisierungsprogrammen stärker betroffenen Staaten nach Auswegen aus der Finanzklemme. Immerhin hat die von linken und globalisierungskritischen Kräften, auch von liberalen Ökonomen seit langem geforderte Steuer auf internationalen Finanztransaktionen unverhofft neue Aktualität erhalten, so auch eine Bankenabgabe. Allen voran erwägen Deutschland, Frankreich und Grossbritannien – gegen den Widerstand der USA – solche Wege der Finanzbeschaffung, bei gleichzeitig harter Austeritätspolitik. Diese Strategien der Krisenbewältigung bringen allerdings schwächeren Ökonomien an der globalen Peripherie wenig. Seit vielen Jahrzehnten werden sie durch Steuervermeidungspraktiken der Multis, durch Steuerflucht der Eliten und durch Steueroasen wie die Schweiz ihrer dringend benötigten Ressourcen beraubt.

Die in diesem Heft versammelten Beiträge beleuchten vielfältige Aspekte der Steuerdebatte. Sie skizzieren weitreichende politische Ansätze zur Realisierung von Steuergerechtigkeit, im volks- wie auch weltwirtschaftlichen Zusammenhang. Analysiert wird jedoch nicht nur die Aufkommenseite der Steuern, sondern auch die Verteilungsseite. Die Auswirkungen der öffentlichen Budgetpolitik in Krisenzeiten auf die „Arbeitsteilung“ zwischen den Geschlechtern und auf die vorwiegend von Frauen getragene unbezahlte Versorgungs- und Betreuungsarbeit sind Gegenstand eines eigenen Teilschwerpunktes. Diskutiert werden ferner Themen, die im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld zusätzliche politische Brisanz erhalten haben: Ausländerpolitik, Arbeitskonflikte, Wirtschaftsdemokratie und Pharmapolitik.

Im Juni 2010

Die Redaktion